

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Röhrl.
Druck: A. Bergmann & Co. in Chemnitz.
Verlagspreis: 1.00 M. pro Quartal, 3.00 M. pro Semester, 10.00 M. pro Jahr.
Anzeigenpreis: Die Nebenzeitschriften 20 Pf., die Sonntagsblätter 30 Pf., die Anzeigen 40 Pf. pro Zeile pro Tag.
Anzeigenannahme bis 1/2 Uhr vorm. für die Sonntagsblätter nicht geübt, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht zeitlich lieferbar ist.

Das Wichtigste vom Tage. In Ergänzung der Meldung über ein englisch-amerikanisch-russisches Wirtschaftsabkommen wird mitgeteilt, daß Krassin in den nächsten Tagen nach Berlin kommen wird, um mit englischen und deutschen Geschäftleuten zu verhandeln.

Nr. 198.

Donnerstag, den 25. August 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

In Ergänzung der Meldung über ein englisch-amerikanisch-russisches Wirtschaftsabkommen wird mitgeteilt, daß Krassin in den nächsten Tagen nach Berlin kommen wird, um mit englischen und deutschen Geschäftleuten zu verhandeln.

Infolge der Weigerung des spanischen Botschafters Quinones de Leon wird Bismonte Jishi selbst vor dem Völkerbundsrat in der ober-schlesischen Frage den Bericht erstatten.

Gestern mittag wurde im Auswärtigen Amt in Wien der Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich und den Vereinigten Staaten unterzeichnet.

Ratlosigkeit im Rat.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Ratlosigkeit im Völkerbundsrat, noch mehr diese Ratlosigkeit zur Bearbeitung der ober-schlesischen Frage zusammengetreten ist, liefert wohl die besten Beweise für die Unvollkommenheit, um nicht zu sagen Unfähigkeit des ganzen Völkerbundesrates von Versailles. Die Ablehnung des spanischen Botschafters in Paris Quinones de Leon, in der Frage der ober-schlesischen Grenzziehung als Berichtserstatter zu fungieren, ist nach Rücksprache mit dem japanischen Ministerpräsidenten Maura sowie dem britischen Außenminister Lloyd George erfolgt. Französische Meldungen wollen wissen, daß Spanien damit rechnen, gegebenenfalls die Schiedsrichterrolle in der ober-schlesischen Frage zu spielen und daß es dafür die Hände völlig frei behalten wolle. Diese Darstellung klingt nicht sehr plausibel. Als Berichtserstatter würde Quinones de Leon sein Land nicht ohne weiteres festlegen, wenn er natürlich auch seinen Bericht in einen bestimmten Antrag ausmünden lassen möchte. Das ist es, was offenbar Spanien vermeiden möchte. Es ist eher möglich, dem Antrag eines Berichtserstatters zuzustimmen, als selber einen solchen Antrag zu stellen und zu begründen. Spanien möchte offenbar zwischen zwei Mächten, wie es Deutschland und Frankreich sind (Polen spielt hier weiter keine Rolle), nicht in einer so heißen Frage operieren. Jedenfalls sind die Gründe der Ablehnung in Spanien selber zu suchen, und es ist falsch, wenn der Daily Telegraph behauptet, daß die üblichen Andeutungen in der deutschen Presse den spanischen Diplomaten zur Ablehnung veranlaßt hätten. Solche Andeutungen sind in der maßgebenden deutschen Presse nicht erschienen. Aber man darf das englische Blatt darauf hinweisen, daß in manchen Pariser Blättern Quinones de Leon für Frankreich in einem Maße in Anspruch genommen wurde, die ihm selber höchst peinlich vorgekommen sein mag. Selbst ein so maßvolles und sonst verständiges Blatt wie L'Echo erklärte am 20. August, daß die Frankophobie Quinones de Leons notorisch sei. Er sei in der Tat in Paris geboren, habe seine ganze Laufbahn dort zurückgelegt und sei der intime Freund des Königs Alfonso, der sich selbst als den frankophilen Spanier bezeichnet habe. Wenn das in Paris offen ausgesprochen wurde, so kann man es Deutschland gewiß nicht verübeln, wenn es von der französischen Kennzeichnung des Berichtserstatterkandidaten nicht ohne Besorgnis Notiz nimmt. Aber es ist ungerecht, daraus irgendwelche Vorwürfe für Deutschland abzuleiten.

Die Ablehnung Quinones de Leons hat den derzeitigen Vorsitzenden des Völkerbundesrates, den japanischen Grafen Jishi, in eine nicht geringe Verlegenheit gebracht. Er hatte Irland vorgeschlagen, daß der Völkerbundsrat die ihm vom Obersten Rat zugewiesene Aufgabe übernehmen wolle, und nun steht er sich gleich bei der ersten Geschäftsordnungsfrage, die noch vor dem Aufammentritt des Rates aufsteht, in einer äußerst prekären Situation. Es ist darum sehr wohl möglich, wenn aus Paris gemeldet wird, daß Graf Jishi, und wahrscheinlich auch noch andere Mächte und Kräfte, auf den spanischen Diplomaten mit Nachdruck einwirken, doch nicht auf seiner Weigerung zu bestehen. Man kann aber schwerlich glauben, daß sich Quinones de Leon mit seiner Ablehnung nur habe nötigen und bitten lassen wollen. Beharrt er auf seiner Weigerung, dann wird die Wahl wahrscheinlich auf den Belgier D'Amiens fallen, denn der brasilianische Botschafter in Paris Da Cunha sowie der junge begabte chinesische Gesandte in London Wellington Koo haben schon erklärt, daß die ober-schlesische Frage nach ihrer Auffassung ein rein europäisches Problem darstellt. Selbst der Graf Jishi soll sich mit dem Gedanken tragen, bei der Regelung des ober-schlesischen Problems den Vorschlag niederzulegen. Das würde allerdings die Ratlosigkeit noch erhöhen. Die Wahl des belgischen Ministers D'Amiens könnte nach seiner Richtung hin darüber hinwegtäuschen, daß Belgien Frankreich in seinem antideutschen Kurs blind unterstützt, und es bleibt uns dann nur die Hoffnung, daß die englischen, italienischen und vielleicht auch die japanischen Vertreter einen Deutschland unangünstigen und mit der

Berechtigung nicht zu berechnenden Antrag des Berichtserstatters ablehnen und bekämpfen würden. Lebensfalls jetzt der ganze Lauf der Dinge, wie berechtigt das Mißtrauen war, das wir von Anfang an gegen die Abschiebung der ganzen Frage auf den Völkerbund hegten.

Die Kriegsverbrecher.

Die Kriegsverbrecher — wir gebrauchen diesen Sachausdruck des englischen Militärstrafrechts — sind vom Reichsgericht, soweit sie schuldig befunden sind, verurteilt worden. Der Berichtserstatter ist Genähe geschieden, jeder Staat hat das Interesse, daß Straftaten, die von seinen Bürgern begangen worden sind, geahndet werden. Aber der Berichtserstatter ist nur zum Teil gebildet worden. Wenn Deutschland die letzten verurteilt, die Gefangenen haben erschließen lassen, Gefangene mißhandelt haben, auf Rettungsboote geschossen haben, so hat es ein Recht zu fragen, warum die gleichen Handlungen auf der anderen Seite ihre Sühne finden werden. Die Frage muß gestellt werden nicht aus Rachsucht, nicht um eine Art Gleichgewicht herzustellen, sondern um der Idee des Rechts willen. Es ist eine Fronte der Dinge, daß gerade das Reichsgericht, dessen Unparteilichkeit der englische Generalsstaatsanwalt anerkannt hat, in der Lage ist, einwandfreies Material für schlechte Behandlung deutscher Gefangenen zu liefern und zwar gerade in dem Urteil, das sich gegen den Offizier richtet, dessen Verbrechen in der Behandlung der Gefangenen am schwersten waren. Er hatte ein in der Märzoffensive 1918 erobertes Gefangenlager übernommen. Ueber die Zustände dort zu englischer Zeit stellt das Reichsgericht fest, daß es damals kein menschenwürdiger Aufenthalt gewesen sei. Es lag in sumphiger, völlig verfallener Gegend, unmittelbar hinter der Kampffront. Die beiden übermäßig belegten Wohnbaracken hatten einen schamhaften, ungedeckten Fußboden. Statt der Betten gab es nur etwas saulige und mit ungelegter Befete Holzrolle als Lagerstätte. Fenster und Dächer waren undicht. Es waren nur zwei kleine Schützengrabenlinien vorhanden, so daß die deutschen Gefangenen sehr unter dem Winterlaster litten. Es fehlte an sanitären Einrichtungen völlig, fast ganz an Koch- und Wascheinrichtungen, sowie an Decken, die Bettdecken waren denkbar ungesund. Infolgedessen sind zahlreiche deutsche Gefangene an Grippe und Ruhr erkrankt, viele auch gestorben; alle klagten über Mangel an Nahrung. Ein englischer Arzt hat sich vergeblich bemüht, diese Mißstände abzustellen.

Der liegt also ein Beweis vor, daß auch auf englischer Seite in der Behandlung der Kriegsverbrecher gesündigt worden ist, wie die Behandlung in Frankreich und Rumänien war, ist nur allzu bekannt. Daß der deutsche Major, der Gefangene hat niedermachen lassen, verurteilt worden ist, ist nur gerecht. Aber wo bleibt die Sühne für die gleichen Verbrechen, die auch in feindlichen Zeitungen von drüben berichtet werden? Der deutsche Major, der das schwere Vergehen begangen hat, war kecklich und körperlich zusammengebrochen, die sogenannten Rettoheurs, die die Besatzungen eroberten deutscher Schützengräben niederzumachen hatten, sind kalten Blutes an ihre prächtige Arbeit gefandt worden. Wenn wir die Beschaffung der Rettungsboote der versenkten Danowery Castl mit Recht streng bestrafen wollen, müssen wir verlangen, daß die englischen Gegenstände: Baralong und King Steffen ihre Sühne finden. Nur wenn die Kriegsverbrecher aller Staaten vor das Tribunal geführt werden, kann gesagt werden, daß das Recht triumphiert hat.

Rußlands Rückkehr zum kapitalistischen System.

(Fortsetzende Entzogenheit.)

Wie Politikler erzählt, hat der Rat der Volkskommissare in Moskau in einem Dekret den früheren russischen Hausbesitzern gestattet, ihre Grundstücke wieder in Besitz zu nehmen. Die Behörde glaubt, durch diesen Schritt die noch nicht ganz verfallenen Häuser vor dem vollständigen Ruin zu bewahren. Eine Bestätigung durch die Petersburger Behörde hat gezeigt, daß unter 600 Häusern 133 dem Einsturz nahe sind. Ein anderer Erlass verpflichtet die Mieter der Gemeindefürsorge, auf eigene Kosten Reparaturen vorzunehmen und für Brennmaterial für die Zentrale zu sorgen. Als Entgelt für diese Unkosten wird den Mietern drei Jahre lang das Eigentumsrecht auf die Häuser zugesprochen. Ferner wird in einem Erlass der Kauf und Verkauf von Grundstücken freigegeben.

Die Sowjetregierung schreitet auf dem Wege zum kapitalistischen System fort. Nachdem durch ein Dekret vom 6. Juli der Besitz unbeschränkter Mengen Geldmittel und bis zu einem gewissen Grade auch die Freiheit des Bankgeschäftes zugelassen, nachdem ferner durch ein Dekret auch die industrielle Tätigkeit in großem Umfange freigegeben worden war, gestattet ein neues Dekret auch den privaten Hausbesitz. Ein

Dekret vom 5. August hat übrigens auch die Zahlung für alle Dienstleistungen und Lieferungen der Sowjetregierung eingeführt; auf den Eisenbahnen muß also jetzt wieder Fahrgehalt entrichtet werden. Nach Bestimmung der Besatzungen ist der private Handel in Petersburg und Moskau bereits in vollem Gange. Täglich werden neue Ladengeschäfte eröffnet. Zahlreiche Kaffees sind bereits wieder in Betrieb. Auch der Verkauf von Wein ist freigegeben worden. Ferner erwartet man die baldige Wiedereröffnung der Bankhäuser. Ertragsherweise vollzieht sich die Rückbildung zum kapitalistischen Betriebe unter Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung. Ob die zurzeit in Genähe tagenden Kommunisten aus diesen Tatsachen ihre Folgerungen ziehen werden?

Die englischen Konzeptionen.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus New York hat England von den Sowjets Konzeptionen in Höhe von über 100 Millionen Pfund Sterling erhalten. Darin sind 1000 Kilometer Eisenbahnen und ein gewaltiges Gebiet mit Gold-, Silber-, Platin- und Zinkgruben eingeschlossen.

Deutschland und die russische Hungersnot.

Das große Kindersterben in Rußland.

Die internationale Vereinigung für Kinderhilfe in Genf macht dem deutschen Zweig ihrer Organisation, der Vereinigung für Kinderhilfe in Charlottenburg, von nachfolgendem Telegramm Mitteilung, das ihr von Nankin aus Nizza zugegangen ist: Hunderttausende russischer Kinder sterben Hungers, Millionen anderen droht das gleiche Schicksal. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß hier nur eine unverzügliche und unter Ausbietung aller Kräfte einsetzende Hilfsaktion Rettung bringen kann, bitte ich die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe, einen Aufruf an alle Männer und Frauen, besonders an alle Kinder zu richten, damit sie alles, was sie erübrigen können, zur Rettung der hungernden Kleinen in Rußland hergeben. Niemand noch ist im Weltgeschehen Hilfe so verzweifelt notwendig gewesen wie hier. Ich danke Ihnen für Ihr Anerkennen, nach meinen Weisungen zu handeln, und verbitte mich für eine gerechte Verteilung aller für die Hungernden bestimmten Gaben, die durch meine Hände gehen. — Die Vereinigung für Kinderhilfe in Charlottenburg hat folgendermaßen geantwortet: Der ergreifende Aufruf Britischer Nankin bestärkt uns in unserer Absicht, Rußland jede Hilfe zur Verfügung zu stellen, die wir aufzubringen in der Lage sind. Da Deutschland jedoch, soweit es sich um Lebensmittel und Kleidungsstücke handelt, nicht einmal seinen eigenen Bedarf decken kann, sondern auf die Wohlthätigkeit des Auslandes angewiesen ist, werden wir geringen sein, unsere Hilfeleistung darauf zu beschränken, daß wir Rußland unsere Arbeitskräfte und organisatorischen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Die Einzelheiten unseres Aktionsplanes werden wir Ihnen brieflich unterbreiten.

In der Absicht, die Pläne für das russische Hilfswerk mit größtmöglicher Beschleunigung fertigzustellen, hat Dooper, wie die Chicago Tribune meldet, seine Vertreter in den Häfen des Schwarzen Meeres angewiesen, sich sofort über die Docksverhältnisse, die Lagerungsmöglichkeiten und die Bahnverbindungen zu unterrichten. Er bestimmte den früheren Oberkommissar der Verwaltung in Tiflis Oberst W. N. Sarsell zum Chef des ersten Hilfswerkes im südlichen Kaukasus. Der Lebensmitteltransport über Hamburg und Danzig nach Moskau und Petersburg soll voraussichtlich noch in dieser Woche beginnen.

Eltern erstickten und verlaufen ihre Kinder.

Im Gebiete von Samara erstickten Eltern ihre Kinder, um sie vor dem Verhungern zu bewahren. Der Verkauf von Kindern an Perser ist häufig. Unter den deutschen Kolonisten ist die Not besonders groß. Heute geht ein erster Zug von 28 Waggons Mehl und Medikamenten als bedingungsloses Geschenk der russischen Regierung an das hungernde russische Volk.

Kleine politische Meldungen.

Deutschlands Einladung zum Völkerbund. Der Berliner Anzeiger meldet aus Paris: Die Einladung an Deutschland zur Teilnahme an der Völkerbundtagung am 29. d. M. ist nun nicht abgegangen. Ueber die Zustimmung Deutschlands selbst herrscht durchaus noch keine Einigkeit unter den Alliierten. Voraussetzungen sind der Völkerbund erst selbst zu entscheiden haben, ob er in der ober-schlesischen Frage einen Vertreter Deutschlands hören will.

Doch noch deutsch-polnische Verhandlungen? Der Chefredakteur der Chicago Tribune, Henry Wales, schreibt: Die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die Aufteilung des ober-schlesischen Industriegebietes soll unmittelbar das Ergebnis der Tatsache sein, daß Quinones de Leon die Berichtserstatter für den Völkerbund über die ober-schlesische Frage ablehnt. Man erzählt, daß die Frage direkter Verhandlungen über diesen